Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 ma[illegible]tag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 122 | Donnerstag, den 14. Oktober 1920 | 59. Jahrgang

Die Vollmacht des Finanzministers.

Der Reichsrat, das heißt die Gesamtheit der Vertreter der deutschen Einzelstaaten, hat bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, strengste Sparsamkeit in den Ausgaben zu üben und zu diesem Zweck dem Reichsfinanzminister erweiterte Vollmachten zu geben. um die von den einzelnen Reichsministerien ihm übergebenen Etats kürzen zu können. Der Reichsfinanzminister Wirth soll also den Rotstift zum Durchstreichen oder Herabsetzen einzelner Ausgabeposten, den sein Vorgänger Erzberger schon in der Hand hielt, wieder ergreifen. Das wird heute nicht so leicht sein wie früher, wo Erzberger ausdrücklich sagte, Steuern allein machen es nicht, wir müssen dazu sparen, denn seitdem sind die Fordernden sehr verwöhnt worden, weil ihre Ansprüche fast stets bewilligt wurden. Nun soll der Finanzminister nein sagen. Sein Nein hat aber nur dann Wert, wenn es respektiert wird, denn sonst bleibt es, wie es war.

Wir müssen vor allen Dingen fragen, wo ist die Stelle, die den sparsamen Finanzminister hält, wenn er sich weigert, eine ihm unnötig erscheinende Ausgabe zu genehmigen? An einer solchen Stelle fehlt es leider. Der Reichspräsident beruft wohl die Reichsminister, aber er kann sie nicht halten, wenn sie nicht untereinander derselben Meinung sind, und schon gar nicht, wenn der Reichstag ihnen sein Vertrauen entzieht. Wir haben bisher gerade keine hervorragenden Beispiele gehabt, daß die Reichsminister Rückgrat gegenüber zu weit gehenden Forderungen bewiesen hätten, und vom Reichstag kann man leider auch nichts anderes sagen. Das Deutsche Reich hatte früher in der ganzen Welt den Ruf, daß es den besten, zuverlässigsten und billigsten Beamtenapparat in der Welt hätte (siehe Präsident Wilsons Buch: „Der Staat"), heute haben wir die kostspieligste Verwaltung. Wenn der Finanzminister das ändern soll, darf man ihm also nicht den Boden unter den Füßen fortziehen.

Die Sparsamkeits-Vollmacht hat also erst dann Wert, wenn sie dem Minister nicht nur das Recht gibt, Abstriche zu vollziehen, sondern auch die Probe auf die Folgen seiner Handlungsweise zu machen. Wenn er Ausgaben kürzt, und die Fordernden versuchen hinterher, die Erfüllung ihrer Ansprüche durch einen Streik durchzusetzen, so muß man sich in der Reichsregierung und im Reichstage von vornherein darüber klar sein, wie man sich zu solchen Versuchen stellen will. Hat man nicht den festen Willen, es auf ein Entweder—Oder ankommen zu lassen, so ist die Vollmacht für den Finanzminister nur ein Messer ohne Klinge, und alle Sparsamkeitsabsichten bleiben fromme Wünsche. Wer sparen will, muß sich von der Neigung zum „Umfallen" befreien, er muß beachten, daß nicht gute Vorsätze helfen können, sondern nur entschlossene Taten. Aber ob es so werden wird?

Es kann doch beim besten Willen nicht so weiter gehen, denn sonst ist es schon besser, wir legen den ganzen Reichsbetrieb still. Die deutsche Valuta hatte sich in der vorletzten Woche eine Kleinigkeit gebessert, aber diese geringe Aufbesserung ist in der letzten Woche wieder verloren gegangen. Hundert Mark standen in Zürich auf 9,85 Franken, in Newyork auf 1,61 Dollars. Dieser Stand konnte allerdings nach den jammervollen Feststellungen über die deutsche Finanzlage nicht überraschen, und wenn wir es nicht fertig bringen, eine Aenderung herbeizuführen, so wird die Mark dasselbe Schicksal erleben, wie die französischen Assignaten 1795, wo 100 Franken noch 43 Centimes galten. Der Reichsfinanzminister erscheint berufen, ein Wunder in der deutschen Finanzgebarung zu vollbringen. Es ist ein blutsaures Stück Arbeit. Und darum soll man es ihm nicht von vornherein ganz und gar unmöglich machen.

Wm.

Das Sparen fängt an.

Ein Reichs-Sparsamkeitskommissar. — Leitsätze des Reichskabinetts zu Einschränkungen des Staatshaushaltes.

Man will also jetzt endlich mit dem großen Sparen anfangen, nachdem man bei der Aufstellung des letzten Reichshaushaltes eingesehen hat, daß es so unter keinen Umständen weitergehen kann. 67 Milliarden Reichsschulden ohne Deckung, das ist denn doch ziemlich stark. So hat denn der Reichsfinanzminister ein eingehendes Sparsamkeitsprogramm ausgearbeitet, das am Sonnabend vom Kabinett einstimmig angenommen wurde. Die Grundzüge des in 9 Leitsätzen niedergelegten Programms sind folgende:

Stärkung der Stellung des Finanzministers.

Keine Ausgabe ohne Zustimmung des Reichsfinanzministers. Von keiner Reichsbehörde und keinem Reichsbeamten dürfen Neueinrichtungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden.

Nimmt das Reichskabinett neue Ausgaben gegen die Stimmen des Finanzministers an, so kann dieser Einspruch erheben, und es muß in der nächsten Sitzung nochmals abgestimmt werden. Ist eine geforderte Mehrausgabe vom Finanzminister bezw. vom Kabinett abgelehnt, so dürfen sich die betroffenen Ministerien. Behörden oder Beamte nicht an Reichsrats- oder Reichstagsmitglieder wenden, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Einschränkungen des Verwaltungsapparates.

Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und von Ländern, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen auf das Reich übernommen werden, wenn ihre Inangriffnahme ohne je[illegible] [illegible]sönlichen oder sachlichen Kosten für die Reichsk[illegible]

lich ist, oder es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen des Reiches handelt und die Uebertragung der Aufgaben auf andere Schultern (Länder, Gemeinden oder öffentliche oder private Körperschaften) ausgeschlossen ist. Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen grundsätzlich neue Stellen nicht geschaffen, vorhandene Ausgabeposten anderer Art nicht erhöht werden. Ausnahmen von diesem Leitsatz sind nur zulässig, sofern es sich um unbedingte Lebensnotwendigkeiten für das Reich handelt.

Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen vorübergehender oder dauernder Natur sind soweit als irgend möglich einzuschränken und abzubauen und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern. Der beschleunigte Abbau der Kriegsorganisationen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen, ferner der Kriegsfonds und der Einrichtungen der alten Wehrmacht ist mit größtem Nachdruck zu betreiben.

Keine Ausgaben ohne Deckung.

Bei Leistung sonstiger Ausgaben ist die allergrößte Sparsamkeit zu üben. Alle nicht zu den Lebensnotwendigkeiten unmittelbar gehörenden Ausgaben haben vollständig zu unterbleiben oder sind auf das Mindestmaß einzuschränken.

Grundsätzlich dürfen keine Ausgaben in den Haushalt eingestellt oder aus Mitteln des ordentlichen Haushalts bestritten werden, für welche eine Deckung durch öffentliche Einnahmen nicht vorhanden ist.

Der Sparsamkeits-Diktator.

Zur Durchführung dieser Leitsätze, in denen es bekanntlich heißt, daß keine neuen Stellen geschaffen werden sollen, wird zunächst die Stelle eines Reichsfinanzkommissars neu geschaffen. Dieser Kommissar soll dem Finanzminister beigegeben werden und für die strengste Durchführung der Leitsätze mit verantwortlich sein. Zu diesem Posten ist der Präsident des Landesfinanzamts Unterweser, Dr. Carl, berufen worden.

Parteitag der S. P. D.

Wels Programmrede.

Am Montag begannen die eigentlichen Beratungen des Kasseler Parteitages mit einer großen programmatisch angelegten Rede des Parteivorsitzenden Abg. Wels, der den Bericht des Parteivorstandes zu erteilen hatte.

Nach einigen sachlichen Angaben über das Anwachsen der Partei im letzten Jahre kommt er auf die großen internationalen Probleme, die Deutschland berühren, zu sprechen. Er verurteilt den Frieden von Versailles auf das schärfste und fordert dessen Revision. Gerade der Arbeiter würde von dem Frieden am schlimmsten getroffen und er müsse an der Revision auf dem Wege internationaler Verständigung arbeiten.

Er stellte für die Außenpolitik der Sozialdemokratie 4 Forderungen auf:

1. Revision der politischen Verträge im sozialistischen Sinne.
2. Sofortige Inangriffnahme des Wiederaufbaus.
3. Zusammenschluß der Gewerkschaften zu einem internationalen wirtschaftlichen Generalstab, und
4. sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, gleichgültig, unter wessen Regierung es steht.

Zur Innenpolitik sagte er, die Sozialdemokratie dürfe erst dann wieder in die Regierung eintreten, wenn sie entscheidenden Einfluß hat.

Zur Wirtschaftsfrage erklärte Wels, die kapitalistische Initiative habe versagt und vom Willen der Arbeiter hängt vornehmlich die Lösung ab. Die Bergarbeiter werden ihre Macht ausnützen für die Sozialisierung. Die Gefahren schematischer Verstaatlichung müssen vermieden werden. Die Kernfrage ist die Regelung der Valuta, die nur international möglich ist. Die Völker müssen sich zur Wiedergutmachung vereinigen.

Er wandte sich dann scharf gegen den politischen Radikalismus. Es muß die Einsicht Platz greifen, daß nicht Generalstreik, Weltrevolution, politische Arbeiterräte, die Wundermedizinen sind. Politische Schulung der Masse unter engster Zusammenfassung aller Kräfte sei notwendig. Die einzige Hoffnung der deutschen Arbeiter sei die alte Sozialdemokratie. —

Nach ihm erteilte Bartels den Kassenbericht: Im letzten Jahre habe die Partei 168 000 neue Mitglieder gewonnen, allerdings sei die Zahl der Frauen um 10 000 zurückgegangen. Es seien im ganzen 50 Parteizeitungen neugegründet, aber nicht alle seien lebensfähig, einige haben ihr Erscheinen einstellen müssen, eine ganze Anzahl habe große Zuschüsse aus der Parteikasse erhoben. Der Kassenbericht zeigt zum erstenmal wieder einen Ueberschuß von 222 850 M.

Nach einer Mittagspause trat man in die Debatte ein, in der u. a. Nimmersatt-München davor warnte, Leute der U. S. P., die infolge der Zersplitterung ihrer Partei zur S. P. D. übertreten wollten, ohne Prüfung aufzunehmen.

Die schwarze Schmach.

Der Höhepunkt der Debatte bildete ein Rededuell zwischen Cohen-Berlin und Heilmann und Adolf Braun über Kontinentalpolitik. Cohen trat für die Verständigung mit Frankreich ein und suchte darzulegen, daß Frankreich nicht unser gefährlichster Gegner sei. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß die Deutschen bei der Okkupation nach 1870 auch nicht besser gehaust hätten als der Franzose jetzt im Rheinland, dessen Verhalten gar nicht so schlimm sei.

Ihm entgegnete zunächst kurz Eduard Bernstein, der wohl gleichfalls eine Verständigung mit Frankreich für unumgänglich nötig hielt, doch gerade der französische Militarismus, der schlimmer sei als der einstige preußische, hintertreibe sie. Er wies auf die geforderte Zerstörung der Dieselmotoren hin. Dann wandte er sich scharf gegen den Bolschewismus.

Voll Temperament griff Heilmann die Ausführungen Cohens an: Wer hat unsere Gefangenen am längsten zurückgehalten? Wer übt dauernd an uns Erpressungen? Wer zerreißt den Kontinent? Wer predigt den Aufstand in Oberschlesien? Wer stützt die Abfallbewegung in Bayern?

Gerade aus den französisch besetzten Gebieten kämen die heftigsten Klagen. Kann man den pommerschen Landsturmmann von 1870 mit der schwarzen Schmach von heute auf eine Stufe stellen? Heilmann schloß, daß unsere Hoffnung auf der Einsicht der englischen Genossen beruhe.

Im selben Sinne wandte sich Adolf Braun gegen Cohen. Thiers hatte sich 1873 in einem Briefe an Manteuffel für die humane Behandlung der französischen Bevölkerung durch die deutsche Besatzung bedankt. Bonn hat jetzt französische Besatzung und sehnt sich nach den Engländern und Amerikanern zurück. Man sollte Cohen ein Reisestipendium für Reisen durchs besetzte Gebiet geben, damit er solche Reden nicht wieder verzapft.

In der weiteren Debatte trat Frau Bohm-Schuch und Marie Juchacz für eifrigere Arbeit unter den Frauen ein, und Dr. Süßheim-Nürnberg warnte vor der Reaktion in Bayern.

Zum Schluß der Sitzung erklärte Scheidemann, daß die Genossen aus dem besetzten Gebiet Cohen gerne nochmals geantwortet hätten. Er stellte fest, daß die ganze Partei die Ansicht Cohens nicht teile.

Brolat erteilte den Bericht der Mandatsprüfungskommission, nach dem 283 Delegierte anwesend sind.

Der Parteitag der U. S. P.

Am Dienstag trat der entscheidende Parteitag der U. S. P. in Halle zusammen. Montag waren bereits gegen 400 Vertreter in Halle angekommen, von denen die Anhänger Moskaus fast über Zweidrittelmehrheit verfügten. Von Moskau ist Sinowjew als Vertreter nach Halle gesandt.

Nach dem Vorbild Württembergs hat sich jetzt auch die U. S. P. Niederrhein bei ihrer Parteitagsitzung in Düsseldorf gespalten, doch sind die Gegner Moskaus weit in der Minderheit.

Zur Lage.

° **Im Berliner Zeitungsstreik** ist die Lage unverändert. Zu irgend welchen Verhandlungen ist es noch nicht gekommen, auch nicht zu Neuaussperrungen. Von dritter Seite werden Vermittlungsversuche gemacht, doch stehen ihnen bisher beide Teile abwartend gegenüber. Das Reichsarbeitsministerium soll, wie die „Deutsche Allg. Ztg." wissen will, die Absicht haben, die Vertreter beider Parteien zu einer neuen Verhandlung am Donnerstag zu laden.

° **Der Zeitungsstreik in kommunistischer Beleuchtung.** In einem längeren Aufsatz nimmt die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Bolschewisten in Deutschland, zu dem Streik im Zeitungsgewerbe Stellung. Das kommunistische Blatt fordert die „Produktionskontrolle" im Zeitungsgewerbe und erläutert dann, was es unter dieser Produktionskontrolle versteht, nämlich die Vernichtung der gesamten bürgerlichen Presse. Die „Rote Fahne" schreibt wörtlich:

„In dem besonderen Falle des bürgerlichen Zeitungsgewerbes kann die Kontrolle der Produktion letzthin nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201014-17/fragment/page=0001
DFG

ein Ziel ins Auge fassen: die bürgerliche Presse zu zerbrechen und ihre gewaltigen materiellen Einrichtungen der revolutionären Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen, um daraus eine Waffe für die Arbeiterschaft selbst zu schmieden."

Nach Vernichtung der bürgerlichen Presse kommt natürlich die nichtbolschewistische sozialistische Presse an die Reihe. Bereits jetzt sind ja von dem kommunistisch gesinnten Flügel der Unabhängigen energische fürs erste mißglückte Versuche gemacht worden, die „Freiheit" in die Hände der Anhänger Moskaus zu spielen.

° **Die sächsischen Großstädte ohne Licht.** In Sachsen ist Montag ganz plötzlich ein Streik ausgebrochen, der schwere Schädigungen nach sich ziehen kann. In Chemnitz, Leipzig und Dresden, Plauen und Zwickau streiken die städtischen Arbeiter, weil ihren Lohnforderungen nicht sogleich nachgegeben wurde. Infolgedessen sind Chemnitz, Leipzig und Dresden ohne Licht und teilweise auch Wasser. Dienstag wurden noch Notstandsarbeiten verrichtet, doch sollen, wenn die Technische Nothilfe eingreift, alle Betriebe stillgelegt werden. Die Chemnitzer Aerzte protestieren gegen die Entziehung von Licht und Wasser. Sie müssen jede Verantwortung für die ihnen anvertrauten Menschenleben ablehnen und werden jede durch den Streik verursachte Gesundheitsschädigung anzeigen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Der Rat der Stadt Dresden erklärt, daß die städtischen Arbeiter 5,50 Mk. pro Stunde erhalten, was kein anderer Industriearbeiter verdiente. Aus diesem Grunde würden die Städte dieses Mal nicht nachgeben. Es sind neue Verhandlungen eingeleitet.

° **Zur Heimkehr der deutschen Gefangenen aus Rußland.** Ein in diesen Tagen aus Odessa in Finnland eingetroffener Schwede, der zusammen mit einem Transport deutscher und österreichischer Kriegs- und Zivilgefangenen die Reise durch Rußland gemacht hat, berichtet u. a. über den Rücktransport der deutschen Gefangenen folgendes:

In Moskau leitet Hilger als Vertreter Deutschlands zusammen mit dem deutschen Soldatenrat den Austausch der Gefangenen. Die deutschen Züge passieren allwöchentlich ungehindert die russisch-estnische Grenze bei Narwa. Die Oesterreicher, mit denen der Schwede reiste, wurden in Charkow ausgesetzt mit der Begründung, daß Oesterreich Waffen für die Feinde Sowjetrußlands liefere. In den Moskauer Behörden stieß der Schwede auf viele Beamte aus der Zarenzeit, sowie auf Bürger und Adlige. Doch herrscht seinen Worten zufolge in den Behörden die alte Schlamperei, und der deutsche Soldatenrat leistet z. B. für die deutschen Gefangenen dieselbe Arbeit in zwei Tagen, die der Zentroevak (Zentralevakuationsverwaltung) für die anderen Nationen in drei Wochen kaum fertig bringt.

° **Frankreich beschlagnahmt preußische Domänen.** Frankfurter Blättern zufolge beschlagnahmte die französische Besatzungsbehörde die Domäne Frauenstein bei Wiesbaden, ein großes landwirtschaftliches Unternehmen. Das gleiche Schicksal soll anderen großen Hofgütern in Hessen-Nassau drohen, so insbesondere dem 1400 Morgen umfassenden Mechtilder Hof bei Erbenheim-Hochheim, wodurch die Milchversorgung noch mehr verschlechtert werden würde.

Das Ergebnis der Abstimmung in Kärnten.

Klagenfurt, 11. Okt. Die gestern vorgenommene Volksabstimmung hat mit einer großen Mehrheit dem Willen der Bevölkerung Ausdruck gegeben, in einem ungeteilten Kärnten bei Oesterreich zu verbleiben. Mehr als 60 v. H. haben sich für die Zugehörigkeit zu Oesterreich ausgesprochen. Der ruhige Verlauf der Abstimmung ist den Maßnahmen der Ententeoffiziere zu danken, die in der Nacht die Entwaffnung der Slowenen und der Prügelbanden durchführen ließen. Das endgültige Ergebnis der Abstimmung dürfte erst Dienstag zu erwarten sein.

Bedingungsloser Anschluß von den Moskau-Anhängern gefordert.

Auf dem Parteitag der U. S. P. in Halle werden die Führer des für den Anschluß an Moskau eintretenden Flügels der Partei, Däumig und Stöcker, die auch als Referenten für den Anschluß sprechen werden, eine Resolution einbringen, in der es unter anderm heißt: „Der Parteitag erblickt in der dritten kommunistischen Internationale der Weltorganisation des revolutionären Proletariats und beschließt den sofortigen Anschluß an diese Internationale, da er die Grundsätze dieser Internationale als die seinigen anerkennt. Im Interesse der notwendigen Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Internationale stellt der Parteitag ausdrücklich fest, daß von einer Autonomie der Parteien im bisherigen Sinne der neuen Internationale nicht mehr die Rede sein kann. Jede angeschlossene Partei muß einen Teil ihrer Autonomie aufgeben und sich völlig in den Rahmen der Internationalen Kampforganisation einfügen, um dadurch die eigene, wie auch die Kampfkraft des internationalen Proletariats auf das Höchste zu steigern. Der Parteitag erkennt die Vorbedingungen für den Eintritt in die Internationale an und beauftragt die Zentralleitung, für ihre Durchführung Sorge zu tragen. Der Parteitag beauftragt die Zentralleitung, den Anschluß unserer Partei bei der Exekutive zu vollziehen und sie um die Einleitung von Verhandlungen zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Sektion der kommunistischen Internationale zu ersuchen.

Wie die „Rote Fahne" mitteilt, haben nach einer vorläufigen Uebersicht die Urabstimmungen für den Parteitag der Unabhängigen Sozialisten in Halle folgendes Ergebnis gehabt: Für den Anschluß an die Moskauer Internationale stimmten 87511 Stimmen mit 136 Delegierten, gegen den Anschluß 72466 Stimmen mit 98 Delegierten. Wie hierzu von rechts-unabhängig-sozialistischer Seite bemerkt wird, kann dieses Ergebnis keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Zu dem Parteitag in Halle werden etwa 400 Vertreter der einzelnen Bezirke entsandt werden. Nach der bisherigen Uebersicht läßt sich erkennen, daß im Reiche etwa 55 bis 60 Prozent der Mitglieder der U. S. P. gegen den Anschluß an Moskau gestimmt haben. Eine genaue Uebersicht wird sich erst in Halle ergeben.

Der Streik im Zeitungsgewerbe in Berlin.

Berlin, 12. Okt. Das Nichterscheinen Berliner Zeitungen gibt verantwortungslosen Elementen Anlaß, Putschgerüchte in die Welt zu setzen und dadurch die Bevölkerung zu beunruhigen. Der Berliner Polizeipräsident erklärt, daß kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vorhanden ist. Die allgemeine Lage ist als durchaus ruhig zu betrachten.

Infolge des Streiks erscheinen in Berlin keine bürgerlichen Zeitungen mehr; auch die „Welt am Montag" ist verhindert, zu erscheinen. Es wurde versucht, in Charlottenburg eine sogenannte Einheitszeitung herzustellen, doch weigerte sich das Personal, solche Streikarbeit zu leisten: Es wurde sofort fristlos entlassen. Man steht hier vor großen Ereignissen.

— **Abstimmungen über Moskau im Merseburger Bezirk.** Bei der Urabstimmung der Unabhängigen in Halle über die Frage Annahme oder Ablehnung der Moskauer Bedingungen wurden insgesamt 8652 Stimmen abgegeben, von denen 7139 für und 1513 gegen die Moskauer Bedingungen lauteten. Somit entfallen auf die Anhänger der dritten Internationale 11 Mandate und auf die Gegner 2 Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug 50 bis 60 Prozent. Im Kreise Merseburg wurden abgegeben 2554 für und 588 gegen die Bedingungen, in Eisleben 3264 für und 223 gegen, in Wittenberg 712 für und 67 gegen die Bedingungen. Der Kreis Zeitz-Naumburg-Weißenfels hat dagegen eine Mehrheit für Ablehnung der Bedingungen aufgebracht, nämlich 4740 Stimmen gegen und nur 3408 Stimmen für Moskau.

Auslands-Rundschau.

÷ **Verkündung des Kärntner Abstimmungsergebnisses am Mittwoch.** Die Kundmachung, daß das Abstimmungsergebnis erst am Mittwoch verkündet werden kann, hat in weiten Volksschichten große Enttäuschung hervorgerufen, da man bereits Montag mit der Mitteilung des Ergebnisses gerechnet hatte. Das Ergebnis wird zunächst an die Botschafterkonferenz in Paris gesandt.

÷ **Der polnische Waffenstillstandsbruch**, der zur Eroberung von Wilna führte, wird von der polnischen Regierung jetzt als eine Meuterei des aus Litauen stammenden Generals Zeligowski dargestellt. Die Litauer behaupten aber, die Polen seien im Innern mit dem Vorgehen des Generals einverstanden.

÷ **Unterzeichnung in Riga.** In einer Extraausgabe meldet das Warschauer Blatt „Narod" aus Riga, daß Montag vormittag der Waffenstillstand und das Vorfriedensabkommen von den russischen und polnischen Vertretern unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., daß die polnischen und russischen Truppen sich 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückziehen sollen. Die dadurch entstehende 30-Kilometerzone wird als neutral erklärt. 144 Stunden nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten gegenseitig eingestellt. Der Waffenstillstand wurde für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er bis zu dieser Zeit nicht gekündigt werden, dann läuft er automatisch bis zur Ratifizierung der Friedensverträge weiter. In dem Vorfriedensvertrag ist gesagt, daß beide vertragschließenden Parteien die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands anerkennen.

÷ **Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot.** Die internationale Konferenz, die vom Ausschuß zur Bekämpfung der Hungersnot einberufen worden ist, trat Dienstag in London zusammen. Es nehmen Vertreter aller europäischen Länder daran teil. Der Minister des Aeußeren hat den deutschen Wirtschaftsvertreter Dr. Walter Rathenau die Einreiseerlaubnis verweigert.

÷ **Grippeepidemie in England.** Nach einer Meldung des „Petit Journal" aus Newport hat in Südwales, namentlich in den Bergwerksbezirken, eine starke Grippeepidemie um sich gegriffen. Es seien Fälle beobachtet worden, daß Leute während der Arbeit von der Krankheit befallen wurden und sofort bewußtlos zusammenbrachen.

÷ **Die Behandlung deutscher Seeleute in England.** Der Deutsche Seefahrtsausschuß hat in seiner am 7. Oktober in Bremen abgehaltenen Sitzung mit Abscheu Kenntnis genommen von der teilweise brutalen und unwürdigen Behandlung, die Kapitäne, Offiziere und Mannschaften deutscher Seeschiffe namentlich in englischen Häfen sowohl seitens der Behörden als auch der Bevölkerung erdulden müßten. Der Seefahrtsausschuß betont in einer Entschließung, daß für die den deutschen Seeleuten namentlich in englischen Häfen zuteil werdende Behandlung jeder Rechtsgrund und jede sachliche Begründung fehle. Der deutsche Seefahrtsausschuß fordert für die deutschen Seeleute nach Beendigung des Krieges dieselben Rechte und Freiheiten in fremden Häfen, die ausländische Seeleute in deutschen Häfen genießen. Der Deutsche Seefahrtsausschuß legt der deutschen Regierung dringend nahe, sofort namentlich England gegenüber darauf zu bestehen, daß deutsche Seeleute in englischen Häfen, sowohl an Bord als auch an Land, als Gleichberechtigte bewegen können. Sollte die englische Behörde diesen deutschen Forderungen keine Folge leisten, so bittet der Seefahrtsausschuß zu erwägen, ob nicht in deutschen Häfen gegen Mannschaften englischer Schiffe mit entsprechenden Repressalien vorzugehen ist.

÷ **Die Bolschewistenherrschaft in Zentral-Asien.** Dem „Temps" wird aus Tiflis gemeldet, daß in Turkestan mehr als eine Million Sarten und Kirgisen Hungers gestoben sind. Die Bolschewisten hätten alles Getreide, das sie im Lande vorfanden, beschlagnahmt und weggeführt. Die Muselmanen wurden in großer Zahl erschossen. Die Macht liegt in den Händen der ausländischen Elemente, die nach Gutdünken regieren. In Aserbeidschan verfolgen die Bolschewisten dieselbe Politik. Sie führen aus de[illegible] de Naphta, Reis, Getreide und sogar Mobili[illegible] Bevölkerung fort. Es herrscht allgemeine Hun[illegible]. Die Macht liegt in Händen von Kommunisten aus Moskau. Die Aufstände der einheimischen Bevölkerung werden blutig unterdrückt, so in Elisabethpol und Karabagh.

* * *

÷ **Belgien.** Ministerpräsident de la Croix ist am Montag wiederum in London eingetroffen.

÷ **Schweden.** Das Ministerium Branting steht vor der Demission, nachdem die Versuche, eine liberal-sozialdemokratische Koalition zu bilden, gescheitert sind.

÷ **Esthland.** Das esthländische Koalitionsministerium Tenjes ist zurückgetreten.

Provinz und Nachbarstaaten

Teuchern, den 13 Oktober 1920.

— Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Nach einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen war die Zulassung von Pauschbeträgen für den Lohnabzug in Betrieben von mehr als 20 ständigen Arbeitnehmern — Ia Ib des Reichsfinanzministerial-Erlasses vom 28. 7. 1920 — (Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 43) bis Ende September d. J. verlängert. Eine nochmalige Verlängerung ist ausgeschlossen.

In den Betrieben, in denen das Lohnabzugsverfahren in der obenbezeichneten Weise bis 30. 9. 20. stattgefunden hat, ist vom 1. 10. d. Js. an nach § 1 des in Rede stehenden Erlasses zu verfahren d. h. Freilassung von 5 Mk., 30 Mk. oder 125 Mk. bei täglicher, wöchentlicher oder monatlicher Berechnung.

Bei Anwendung der Pauschsätze durften Versicherungsbeiträge usw. nicht abgezogen werden, da in den Pauschbeträgen alle freizulassenden Beträge enthalten waren.

⌗ **Gefälschte Düngemittel.** Bei der Ueberwachungsstelle für künstliche Düngemittel mehren sich seit einiger Zeit Anzeigen wegen Vertriebs von schwefelsaurem Ammoniak, das sich bei der Untersuchung als Kochsalz darstellte. Durch diesen Betrug wurden sowohl Handel als auch die Landwirtschaft empfindlich geschädigt, zumal Kochsalz eine für die Pflanzen schädliche Wirkung hat. Es ist nun gelungen, eine der gefährlichsten Vertriebsquellen dieses sogenannten schwefelsauren Ammoniaks in Essen zu ermitteln. Die „Händler" Bernhard und Hermann Grok, der Arbeiter Kels und der Bergmann Ludwig Hülsmann, alle aus Essen, stellten aus Kochsalz durch Beimischung von geringen Mengen Kalk, Schwefel, Schwefelsäure, kohlensaurem Natron und grüner Farbe schwefelsaures Ammoniak her, das sie in kleinen Mengen auch waggonweise an Landwirte und Händler im Preise von 80 bis 120 M. pro Zentner verkauften. Leider gelang es sämtlichen „Fabrikanten", sich der Verhaftung zu ent-

Dämon des Lebens.

Kriminalerzählung von A. Ostland.

Fortsetzung. Nachdruck verboten

Das junge Mädchen zuckte zusammen wie unter einem Peitschenhieb.

„Mein Vater?" stammelte sie fassungslos. Herbert von Ramin war ganz nahe an sie herangetreten. Da vergaß sie plötzlich alles, ihr Geheimnis, die Vorsicht, welche sie sonst stets bewahrt hatte. Mit einem Aufstöhnen warf sie sich an seine Brust.

Frau Lilian sah verständnislos von einem der jungen Leute zum andern.

„Ihr — ihr kennt euch?" fragte sie zagend.

Edith hob den Kopf.

„Ich liebe ihn," stieß sie hervor, „ich — ich lasse nicht von ihm —"

Frau Lilian schien zu wanken. Oder warf nur die Lampe ihre zitternden Lichter hin über sie? Eine Sekunde später stand sie bereits wieder ruhig und gefaßt da.

„Weiß es Papa?" fragte sie.

Edith nickte.

„Ja. Aber er duldet unsere Liebe nicht. Er wird sie nie, nie dulden — er haßt den Namen Ramin — ich weiß nicht, weshalb, ich — ich —" Sie begann wieder zu stottern. Lilian kam langsam näher.

„Er wird diesen Haß aufgeben," sagte sie leise und bestimmt, „wenn ich ihm zurede. Er wird gefügig werden und wird alles erlauben. Und ich will dafür nichts. Nur daß ihr das ruhen laßt, was vorgegangen ist. Ich bin Otto Willstadts erste Frau. Unsere Ehe wurde getrennt. Weshalb? Das ist nur seine und meine Sache. Er hat dann nochmals geheiratet, seine zweite Frau schenkte ihm eine Tochter. Dich, Edith. Ich selbst hatte nie ein Kind. Weshalb soll nicht sein Kind nun auch das meine sein? Nur ruhen laßt, was ruhen soll —"

Sie vollendete nicht. Mit einem seltsam traurigen Blick sah sie vor sich hin. Edith antwortete nicht. Wie zerbrochen lag sie in den Armen des Mannes, den sie liebte, unfähig, einen klaren Gedanken zu fassen. Eine Weile sprach niemand. Deutlich vernahm man vom anderen Zimmer manchmal das Aufstöhnen des Leidenden. Von draußen tönte das Brausen des Sturmes herein, Pluto heulte am Gange dumpf auf. Er hatte sich vor die Türe gelegt, und sein Winseln, Stöhnen und klagendes Bellen wollte nicht verstummen.

Die drei Menschen, welche der halbdunkle Raum umfaßte, sprachen eine Weile überhaupt nicht. Lilian hatte zuerst, wie wartend, neben den jungen Leuten gestanden. Ueber ihrem sonst so kalt beherrschten Antlitz lag es wie ein Schimmer von Weichheit. Mit fast bittenden Augen sah sie von Edith zu dem Manne, der das junge Mädchen so fest hielt, als müsse er sie auch jetzt noch schützen vor einer Gefahr. Aber wenn Lilian irgendeine Annäherung Ediths erwartet hatte, dann wurde sie enttäuscht. Die Mitteilung, daß diese Frau die Gattin ihres Vaters sei, daß sie also immerhin Rechte an ihn gehabt hatte, vielleicht, trotz allem, noch jetzt hatte, brach den letzten Rest von Fassung, den dieses junge Geschöpf sich noch mühsam bewahrt hatte.

Haltlos weinend klammerte sich Fräulein Edith noch fester an Herbert, als sei er ihre einzige, letzte Zuflucht, jetzt, nachdem der Vater ihr — wie es ihr erschien — nicht mehr allein gehörte. Und auch von diesem Orte würde sie bald das Geheimnis vertreiben, welches sie vor dem Geliebten verbarg. Sie kannte Herbert und seine eiserne Pflichttreue.

Nie durfte Herbert auch nur ahnen, daß sein Onkel heute abend hier gewesen bei Lilian, daß ihr Vater den Brief, welchen Lilian verloren, aufgehoben hatte, daß er heimlich und auf dem Wege über die versperrte Veranda das Haus verlassen hatte zur selben Stunde, da Herr von Ramin fortging. Dunkel und dennoch ganz klar fühlte Edith es: Hier war etwas geschehen, etwas, das sie kaum zu ahnen wagte. Und Herbert war Polizeibeamter; wenn er aufmerksam wurde, wenn er zu fragen begann...

Ihre Knie zitterten; ein Wanken ging durch ihre Gestalt. Lilian wußte mehr als sie selbst, das hatte ihr der zwingende Blick, welchen sie ihr zugeworfen, deutlich genug gesagt. Dieser Blick hatte eine nicht mißzuverstehende Sprache geredet. Er sagte: „Sei vorsichtig, verrate nichts, schweige!" O — sie hatte verstanden!

So war sie also jetzt die Bundesgenossin dieser Frau? Edith preßte die Hände vor das Gesicht. Sie wollte nicht immer Lilians Augen sehen, die mit einem so sonderbar leidvollen Ausdruck nach ihr hinsahen!

Und dann: da war ja noch so vieles Dunkle. Hatten die beiden Männer sich überhaupt getroffen, ihr Vater und Herr v. Ramin? Oder war der letztere vielleicht schon zu weit voraus gewesen? Aber Lilian war bestimmt draußen. Auch Edith hatte den breiten schwärzlich nassen Saum ihres hellen Kleides bemerkt. Die Gartenwege waren doch alle trocken. Auch die Fahrstraße, die vorüberführte. Aus dieser Richtung war Lilian gekommen. Aber die Feldwege — ja — die waren feucht. Besonders in der Nähe der kleinen Wassertümpel, dort, wo das lange Riedgras wuchs in dichten Büscheln. Und Lilian war ja so atemlos gewesen, als sie zurückkam. Sie mußte sehr schnell gelaufen sein.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201014-17/fragment/page=0002
DFG

ziehen und angeblich nach Holland zu entkommen. Sie halten sich jedoch vermutlich auch weiterhin in Deutschland auf und nützen ihre „Erfindung“ immer noch zum Schaden der deutschen Landwirtschaft aus.

⌗ **Standesregister der Kolonialdeutschen.** Der für die Beurkundung von Geburts- und Sterbefällen in den ehemaligen Schutzgebieten im Reichsministerium für Wiederaufbau, Kolonialzentralverwaltung, bestellte Standesbeamte ist nunmehr auch ermächtigt worden, Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle von neuem zu beurkunden, falls die Standesregister verlorengegangen oder nicht zu ermitteln sind, und Berichtigungen sowie Randvermerke, betreffend Anerkennung der Vaterschaft, Ehelichkeitserklärung, Legitimation durch nachfolgende Ehe, Annahme an Kindes Statt, Namenserteilung, Namensänderung, Ehescheidung usw. in die von ihm verwahrten Standesregister einzutragen.

⌗ **Wie hoch sind die Produktionskosten?** In den Preisberechnungen für die Kartoffeln und für andere Lebensmittel spielen selbstverständlich die Produktionskosten eine große Rolle, die natürlich nach den lokalen Verhältnissen verschieden sind. Daher kommt es denn, daß in einer Gegend der Mindestpreis auf 20—25 M. angesetzt wird, während anderswo die Kartoffeln schon für 15 M. verkauft werden. Wie hoch nun eigentlich der Produktionspreis, zu dem dann noch der notwendige Gewinnaufschlag tritt, ist, wurde leider bisher nicht gesagt oder wenigstens nicht in Ziffern ausgedrückt. Und doch würden damit die Behauptungen vom Kartoffelwucher entkräftet werden. Ein Geheimnis sind ja diese Zahlen nicht, in allen Gesellschaftsberichten werden sie sehr offenherzig angegeben.

⌗ **Der eingetauschte Zucker.** In der letzten Sitzung des Reichswirtschaftsrats ist die interessante Mitteilung gemacht worden, daß der aus Böhmen von uns bezogene Zucker nicht bezahlt, sondern gegen 2000 Eisenbahnwaggons eingetauscht worden ist. Das deutsche Reich steht also auf demselben Standpunkt, wie mancher notleidende Hausvater, der kein Geld hat und zur Ermöglichung von notwendigen Einkäufen Gegenstände veräußert, die er augenblicklich nicht gebraucht. Alles das mag wohl für einige Zeit angehen, aber für immer ganz gewiß nicht. Auch in der Reichsregierung hat man sich stark geniert, sonst würde man längst mit dieser Tatsache herausgerückt sein. Die deutsche Lebensmittelwirtschaft darf jedenfalls keine Hökerei und kein Trödelhandel werden.

× **Zitherkonzert.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, hat die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener von Teuchern und Umgegend für Sonntag den 24. Oktober ein Zitherkonzert angesetzt. Das Konzert wird von 15 Künstlern des Südvorstädtischen Zithervereins Leipzig, welcher sich um die Meisterschaft Deutschlands bewirbt, ausgeführt. Da in Teuchern noch keine Gelegenheit zum Besuche einer derartigen Musikaufführung geboten war, hat die Vereinigung weder Mühe noch Kosten gescheut, die Künstler zu einem Konzert zu gewinnen. Der Besuch dieser Veranstaltung dürfte daher Jedem, der von den schweren Entbehrungen der Kriegsgefangenen in Feindesland gehört und gelesen hat, ans Herz zu legen sein, zumal den hiesigen Heimgekehrten noch keine Möglichkeit gegeben ist, die Einwohner begrüßen zu können. Die Vereinigung wird den eventuellen Reinertrag den noch in Sibirien und Avignon schmachtenden Kameraden zukommen lassen, sodaß jeder Besucher dazu beiträgt, die Liebe und Anerkennung zum Ausdruck zu bringen.

— **Sport.** Am vergangenen Sonntag waren die 1. u. 2. Mannschaft der Sportvereinigung nach Zeitz zum Verbandswettspiel verpflichtet. Die 1. spielte gegen die dortige 1. Elf der Sportvereinigung. Die Zeitzer hatten Anstoß. Es entwickelte sich ein harter Kampf. Das Spiel war meist offen, denn es ging auf und ab. In der 25. Minute drückte Teuchern gewaltig und sicherte sich das 1. Tor. Zehn Minuten später erringt Teuchern schon das 2. Tor. Zeitz läßt aber nicht auf sich warten, denn noch vor Halbzeit sendet es auch ihre Nr. 1 ein. Mit diesem Resultat ging es in die Pause. Durch Umstellung kam jetzt Zeitz mehr in die Spielhälfte der Teucheraner, und glich dann auch durch einen unhaltbaren Ball aus. Bis 1 Minute vor Schluß war der Kampf ohne Erfolg. Zuletzt hatte Zeitz Eckball und dabei das Glück das siegbringende Tor zu buchen. An einen Ausgleich war nicht mehr zu denken, denn es ertönte der Schlußpfiff, die Teucheraner verließen als 3 : 2 geschlagen das Feld. Teuchern spielte mit 2 Ersatzleuten. Die 2. Mannschaft spielte gegen Z. B. C. 3, da sie aber nur mit 10 Mann zum Spiel antraten, verloren sie dieses mit 2 : 0. Auf hiesigem Platze trafen sich im Verbandswettspiel Teuchern 4. — Zeitz Sp.-V. 5 mit einem Resultat von 5 : 1 für die hiesigen. Außerdem Teuchern 3. — Hohenmölsen 3. auch bei diesem Spiel blieben die hiesigen Sieger und zwar mit 11 : 0. Im Gesellschaftsspiel verlor Teuchern 1. Jug. — Zeitz 1. Jug. mit 1 : 0. Auch die Knabenmannschaft errang einen schönen Sieg gegen die Knabenmannschaft Zeitz. Die Gäste mußten sich als 7 : 0 geschlagen bekennen. Die Knabenmannschaft hat mit diesem Spiel ein Torverhältnis von 45 : 0 erzielt; ein Zeichen tüchtiger Leistungen.

— **Voraussichtliche Witterung am 14 Okt. 1920.** Bis auf weiteres Morgennebel, heiter, trocken, tagsüber mild.

Naumburg, (Schwurgericht), 11. Oktober. Die Verhandlungssache gegen den Grubenarbeiter Paul Kraft aus Taucha wird zwecks Ladung weiterer Zeugen auf Freitag den 15. Oktober vertagt.

Wegen versuchten schweren Raubes wurde der Arbeiter (früher Kaufmann) Wilhelm Walther aus Weißenfels zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Walther wohnte einige Tage im „Bayrischen Hof“ in Weißenfels und da er bei dem Oberkellner Schulden gemacht hatte und außer dem Geld zur Einlösung seiner Möbel brauchte, begab er sich in das Zimmer des Oberkellners und überfiel diesen. Er hielt demselben um ihn am Schreien zu verhindern, ein mit Salmiakgeist getränktes Taschentuch vor den Mund.

Halle, 12. Okt. Auf dem bei Oberröblingen gelegenen Braunkohlenwerk der Riebeckschen Montanwerke ist gestern morgen ein wilder Streik ausgebrochen, an dem 1500 Bergleute beteiligt sind. Die Leute verlangen u. a. 2 Morgen Ackerland an jeden Bergmann. An dem Streik sind die Gewerkschaften nicht beteiligt.

Halle, 11. Okt. Einem Raubmord ist am Freitag abend auf der Straße Halle—Leipzig zwischen Großkugel und Schkeuditz, der Karussellbes. Wilhelm Hüttel aus Schwoitzsch zum Opfer gefallen. Hüttel wurde noch röchelnd von Insassen eines von Halle kommenden Autos aufgefunden. Die Leiche weist eine schwere Schädelverletzung auf, die anscheinend mit einem Hammer ausgeführt worden ist. Hüttel führte ein Fahrrad bei sich, auf dem der Mörder entflohen ist. Soweit bisher festgestellt, ist weiter nichts geraubt worden. Der Tat dringend verdächtig erscheint ein etwa 27 Jahre alter, 1,68 Meter großer Mann von untersetzter Gestalt, der kurz vor Auffindung des Ermordeten in der Nähe des Tatortes gesehen worden ist.

Zeitz, 8. Okt. (Die Schadenersatzforderungen an Meuselwitz.) Zwischen der hiesigen Stadt und der Stadt Meuselwitz ist ein Streit ausgebrochen, der auf die Märzunruhen zurückzuführen ist. Bei dieser Gelegenheit ist die Meuselwitzer Einwohnerwehr hier eingerückt, und es sind nicht unbedeutende Sachschäden entstanden, die nun von der Stadtgemeinde Meuselwitz getragen werden sollen. Dazu will sich jedoch Meuselwitz nicht verstehen. Man beruft sich dort darauf, daß die Einwohnerwehr allein der Staatsgewalt unterstehe, nicht der städtischen.

Leipzig, 11. Okt. Wie in Chemnitz und Dresden, so sind auch in Leipzig die städt. Arbeiter am Montag wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Die Versorgung der Stadt mit Gas, Elektrizität und Wasser wurde eingestellt. Die unerwartete Stillegung der Elektrizitätswerke machte sich in einer gänzlichen Lähmung des Straßenbahnverkehrs bemerkbar. Die Wagen blieben auf freier Straße stehen und die Fahrgäste wurden zum Verlassen derselben aufgefordert. — Die Arbeiter in Plauen und Zwickau werden folgen. Alle Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Die Wasserwerke kommen für den Streik überhaupt nicht in Betracht. Nur wenn die technische Nothilfe eingreift, sollen alle Betriebe stillgelegt und auch die Notstandsarbeiten eingestellt werden.

Erfurt, 10. Okt. (Der Sömmerdaer Landfriedensbruch.) In dem Prozeß wegen Landfriedensbruchs in Sömmerda wurde vor dem Erfurter Schwurgericht jetzt das Urteil verkündet. Es erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs der Dreher Walter Alt 6 Monate, der Arbeiter Max Koch 4 Monate, der Arbeiter Hermann Braband 6 Monate, der Schlosser Walter Würken 6 Monate, der Arbeiter Adalbert Müller 5 Monate, Frau Klara Hildich 3 Monate und Frau Margarete Becker 3 Monate 2 Wochen Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Magdeburg, 9. Okt. Der erste Direktor Dr. Arnold, der Prokurist Dupont und zwei weitere Angestellte der Chemischen Fabrik Buckau A.-G. wurden auf Antrag des Landespolizeiamtes Berlin von der Staatsanwalt verhaftet. Sie werden beschuldigt, große Mengen Aetzkalk und Kalilaugen verbotswidrig ins Ausland geliefert zu haben. Bei einigen der Verhafteten wurden sehr hohe Geldsummen beschlagnahmt, bei denen es sich um Schmiergelder handelt.

Stadtilm, 11. Okt. Einen folgenschweren Zusammenstoß zwischen einem Ein- und einem Zweigespann gab es dieser Tage hier. Das Pferd des Einspänners blieb tot auf dem Platze. Der unglückliche Besitzer, der 63jährige Landwirt Albert Roth, geriet über den Verlust des Tieres in solche Aufregung, daß er sich das Leben nahm.

Wolmirstedt, 8. Okt. (Großfeuer auf einem Rittergute.) Am Mittwoch vormittag hatten Kinder in der großen Scheune des Rittergutes in Schricke, das dem früheren Oberpräsidenten v. d. Schulenburg gehört, mit Streichhölzern gespielt und das Stroh in Brand gesetzt. Bei starkem Wind hat en sich in rasender Schnelligkeit die Flammen über die reichen Stroh- und Getreidevorräte verbreitet, so daß in kurzer Zeit die Scheune mit ihrem ganzen Inhalt ein Flämmenmeer bildete. Die Feuerwehren der Umgegend arbeiteten mit sieben Spritzen an der Ablöschung der Brandtrümmer, die noch lange die Nachbargebäude gefährdeten. Im Laufe des Nachmittags konnten sie die Brandstelle verlassen. Der Brandschaden ist naturgemäß sehr hoch.

Bahrdorf, 7. Okt. Der Anbauer Karl Müller äußerte auf einer Landversteigerung, er habe Geld zu Hause in der Kommode liegen, da könne es ihm nichts nützen, lieber wolle er es in Land anlegen. Dies machte sich jemand zu nutze, stieg durch ein Fenster ein, erbrach die Kommode, nahm das Geld — über 10000 Mk. — und verschwand wieder durch das Fenster. Ein Nachbar wurde als der Tat dringend verdächtig verhaftet.

Bündorf, 11. Okt. Durch Kindermund verraten wurden die maskierten Räuber, die kürzlich dem Ortsrichter einen Besuch abstatteten und eine größere Geldsumme raubten. Dadurch, daß die Kinder von einer Maskierung ihrer Eltern erzählten, die vom angeblichen Maskenball viel Geld mit heimbrachten, kam man auf die Spur.

Vermischtes.

Verurteilt wegen versuchten Landesverrat. Der vereinigte Zweite und Dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Seemann Johann Brandt aus Geestemünde und den Landwirt Hans Schmidt aus Holm, Kreis Sonderburg, wegen versuchten Landesverrats zu sechs bezw. vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Beide waren 1916 aus der Marine desertiert und lieferten von Dänemark aus für Agenten der französischen und englischen Spionage Mitteilungen über die deutsche Marine, besonders auch über Unterseeboote. Schließlich wollten sie von Deutschland aus weitere Spionage treiben, wobei sie abgefaßt wurden.

* **Streik in den Oppauer Stickstoffwerken.** Die Gasarbeiter der Stickstoffwerke Oppau der Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen auf eine Gesundheitszulage von 1 M. pro Stunde nicht bewilligt wurden. Weil durch diese Arbeitsniederlegung die Mehrzahl der Oppauer Betriebe lahmgelegt wurde, forderte die Direktion zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf. Sie drohte für den Fall, daß die 79 streikenden Arbeiter weiterhin die Arbeit verweigerten, der ganzen etwa 8000 Mann starken Belegschaft zu kündigen. Trotzdem haben die 79 Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Da die Arbeiterschaft es mit großer Stimmenmehrheit ablehnte, weiter zu arbeiten, während die streikenden Arbeiter entlassen würden, hat die Direktion die Kündigung für die Gesamtheit ausgesprochen.

* **Wilder Streik in Siegerländer Eisenhütten.** Auf den Wissener Eisenhütten im Siegerland ist ein wilder Streik ausgebrochen, der größeren Umfang anzunehmen droht. Anscheinend beabsichtigen die Streikenden, auch Notstandsarbeiten zu verhindern. Dadurch würden die zum Werke gehörenden vier großen Eisensteingruben mit 2000 Mann Belegschaft und 25 000 Tonnen Monatsförderung zum Erliegen kommen und 4000 Gruben- und Hüttenarbeiter auf viele Monate hinaus erwerbslos werden. Ein Uebergreifen des Streiks auf andere Werke ist nicht ausgeschlossen. Der preußische Handelsminister hat eine Vermittlungsaktion aufgenommen.

* **Lebensmitteldemonstrationen in Leipzig.** In Leipzig kam es zu Massenprotesten gegen die Lebensmittelwucherer, insbesondere wegen der wucherischen Kartoffelpreise. In zahlreichen, zum Teil tumultuarischen Volksversammlungen forderte man zur Selbsthilfe auf und zur Durchsetzung des politischen Rätesystems. Die Versammlungsteilnehmer veranstalteten sodann einen Demonstrationszug nach dem Rathause. Hierbei wurde der Straßenbahnbetrieb teilweise stillgelegt. Auch in dem Stadtparlament wurde von den Unabhängigen gegen den Lebensmittelwucher Sturm gelaufen. In einer Resolution wurde die sächsische und die Reichsregierung aufgefordert, schleunigst dafür zu sorgen, daß die Kartoffelpreise herabgesetzt und die Bevölkerung mit billigem Fleisch und Fett versorgt werde.

* **Die Mordtat in Weimar** stellt sich als das Werk eines schwer Nervenkranken dar. Frau Admiral Scheer ist bereits auf dem Transport nach dem Krankenhause ihren schweren Verletzungen erlegen. Die Tochter des Admirals Scheer hofft man trotz ihrer sehr schweren Verletzungen am Leben zu erhalten. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung scheint es festzustehen, daß der Mörder Büchner ursprünglich nur einen Raub geplant hatte. Büchner hatte sich durch eine Verschüttung im Kriege ein schweres Nervenleiden zugezogen und war völlig mittellos. Er hatte sich in den Kellerraum eingeschlichen und war dort auf das Dienstmädchen gestoßen, das er niederschoß. Als der Frau des Admirals die lange Abwesenheit des Dienstmädchens auffiel, begab sie sich ebenfalls in den Keller und wurde gleichfalls von dem Einbrecher niedergeschossen. Wahrscheinlich ist etwas später Fräulein Scheer als sie nach ihrer Mutter sehen wollte, dem Mörder zum Opfer gefallen. In dem Besitze des Mörders, der als ein leicht erregbarer Mensch geschildert wird, befanden sich nur wenige Pfennige. Die zweite Person, die kurz nach der Mordtat das Haus verlassen hatte, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt, es scheint sich aber um Admiral Scheer selbst zu handeln, der den Arzt holen wollte. Die Beerdigung der Opfer fand Dienstag nachmittag statt.

= **Zur Sozialisierung des deutschen Kohlenbergbaues,** die bekanntlich in die Wege geleitet werden soll, erscheint es doch sehr notwendig, Autoritäten und Sachverständige über die Lage des Weltmarktes zu befragen, wir könnten sonst zu unseren vielen Verwaltungs-Defizits auch ein solches im sozialisierten Kohlenbergbau erhalten. England hat einen so großen Kohlenüberfluß, daß die Ausfuhr völlig freigegeben und die Preise herabgesetzt wurden. Man wird in London sehr darauf achten, sich das Kohlengeschäft nicht verderben zu lassen, und es wäre gerade nicht sehr erfreulich, wenn wir schließlich mit unseren teuren Kohlen da säßen während wir doch im Kohlenverkauf zu angemessenen Preisen eine Aussicht auf Besserung in unserer bedrängten Finanzlage zu erblicken haben. Es sollten auch die Löhne der deutschen Bergleute mit dem Einkommen der englischen Bergleute verglichen werden. Ist in der Kohlenwirtschaft durch Voreiligkeit ein Fehler begangen, so ist es sehr schwer, ihn wieder gut zu machen.

= **Beschwerde an die Reichs-Getreidestelle.** Die Bäcker-Innung zu Naumburg hatte Ende August folgende Beschwerde an die Reichsgetreidestelle gesandt, die sie zur Entkräftung der Beschwerden, die Bäcker seien schuld an der schlechten Beschaffenheit des Brotes, veröffentlicht: „Wir bitten, doch mehr Wert auf gute Beschaffenheit, das heißt richtige Ausmahlung des Mehles zu legen. Wie beifolgendes Muster beweist, wo aus zehn Pfund Mehl anderthalb Pfund Spelzen ausgesiebt wurden, ist dieses Mehl fast zu schlecht als Schweinefutter. Nun denke man sich noch einen zwanzigprozentigen Zusatz von Streckungsmitteln hinzu, dann kann sich wohl auch der Laie ein Bild machen, ob dieses Gebäck den Namen Brot verdient. Wer solches Mehl vertreibt oder in den Handel bringt, muß verurteilt werden, sein Leben lang Brot aus solchem Mehl zu essen. Unterschrift.“ Und solches Brot aus Mehl, das „fast zu schlecht zum Schweinefutter“ ist, kostet 4,50 M. Man weiß wirklich bald nicht mehr, was man zu einer solchen Preiswirtschaft von heute sagen soll.

⌗ **Die schmucke Nichte.** Zu den Familienbesuchen, die stets angenehm sind, und stets willkommen geheißen werden, gehört überall eine nette, frohe und hübsche Nichte. Leider ist auch diese reizvolle Menschenspezies von dem „Wurm der Zeit“, dem Leichtsinn nicht verschont geblieben, was eine vertrauensselige ältere Tante in Leipzig bei dem Besuche einer 15jährigen Provinznichte zu ihrer schmerzlichen Enttäuschung erfahren hat. Vertrauensvoll hatte sie der Nichte den Versteck ihres Vermögens gezeigt, mußte aber nach der Abreise des jungen Mädchens erfahren, daß dieses 200 000 Mark mitgenommen hatte. Ueber die Hälfte davon war ihr von einem Galan wieder abgeschwindelt worden. Und die ‚Moral von der Geschicht‘ — trau auch der schmucksten Nichte nicht!

° **Auflösung des ostpreußischen Grenzschutzes.** Die Botschafterkonferenz beschloß in ihrer Sitzung vom 6. Oktober, dem deutschen Ansuchen auf Verlängerung der am 10. Oktober ablaufenden Frist für die Entlassung der Miliz in Ostpreußen nicht stattzugeben.

Kleine politische Nachrichten.

° **Berlin.** Die russische Gewerkschaftskommission Losowskis ist nach Ablauf der gewährten Aufenthaltsfrist aufgefordert worden, Deutschland zu verlassen.

° **Berlin.** Zum tschecho-slowakischen Gesandten in Berlin ist der ehemalige Ministerpräsident Tusar ernannt worden, der Anfang Dezember seinen Posten antreten will.

° **Eberswalde.** Der wilde Streik im Elektrizitätswerk Hegermühle, wobei Arbeiter das Kraftwerk gestürmt hatten, steht vor seinem Ende, ein Teil der Arbeiter ist bereits wieder in Tätigkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201014-17/fragment/page=0003

Betrifft: Regelung der Arbeitszeit in den Molkereibetrieben.

Auf Grund der Ziffer 7 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. Nov. 1918 und deren Ergänzung vom 17. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1334 bezw. 1436) genehmige ich nach Anhörung der Gewerbeaufsichtsämter bis auf weiteres vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs für den Regierungsbezirk Merseburg, daß in den Molkereibetrieben im Bedarfsfalle die tägliche Arbeitszeit bis zu 9½ Stunden ausgedehnt wird. Die Arbeitsstunden für jugendliche und weibliche Arbeiter müssen zwischen 5 Uhr morgens und 7 Uhr abends liegen. Bei Ueberschreitung der 8stündigen Arbeitszeit ist den jugendlichen und weiblichen Arbeitern eine mindestens 2stündige Mittagspause zu gewähren

Merseburg, den 30. Sept 1920.

Der Regierungs-Präsident gez. Gersdorff

Veröffentlicht

Weißenfels, den 9. Oktober 1920 **Der Landrat.**

Lebensmittel.

Am **14. Oktober 1920** kommen in den Butterverkaufsstellen von Haferkorn, Pfeiffer, Lenacher und Müller auf die Fettmarken Nr. 2 und 3 **100 Gramm Auslandsschmalz** zum Preise von 4.00 Mk. zum Verkauf.

Teuchern, den 13. Okt. 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Markenausgabe.

Am **Freitag, den 15. Okt.** nachmittags von 3—4 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Brotmarken** für die Zeit von 18. bis 31. Oktober 1920 ausgegeben.

Teuchern, den 12. Oktober 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Unter dem Klauenviehbestand des Landwirts Gustav Haase hier, Osterstr. Nr. 10, ist die **Maul- und Klauenseuche** amtstierärztlich festgestellt worden.

Teuchern, den 11. Okt. 1920.

Die Polizeiverwaltung. Schilken.

Feld-Verpachtung

Wir verpachten unseren verfügbaren Acker auf dem früher Sorg'schen Ziegeleigrundstück gegen Meistgebot am

Freitag, den 15. Oktober cr.

nachmittag 3 Uhr an Ort und Stelle.

Bedingungen im Verdingungstermine.

Uhrgläserwerke deutscher Uhrmacher e. G. m. b. H.

Briefpapier

in Kassetten und losen Packungen empfiehlt

O. Lieferenz.

Max Lopitzsch, Bankgeschäft

Fernspr. Nr. 65 **Weissenfels.** Markt 22—23 An der Kirche.

Reichsbank-Giro-Konto

Postscheckkonto Leipzig 80983.

Verzinsung der Guthaben.

Geschäftskonten

mit Scheck- und Ueberweisungsverkehr 3¼%

Spar-Konten

zur täglichen Verfügung 3¾%

bei vierteljähriger Kündigung 4½%

bei halbjähriger Kündigung . . . . 5 %

Ausführung aller Arten bankmässiger Geschäfte.

Robert Gäbler

Teuchern.

offeriert

elektr. Beleuchtungskörper

als **Zuglampen, Kronen, Ampeln Tisch- u. Klavierlampen** ferner

Osram-Metalldraht und Halbwattlampen.

Ab Freitag vormittag

fr. Seefisch

auf Eis a Pfund 3.40 Mk

empfiehlt **Ferd. Gresse.**

Geehrte Kunstblätter sowie Rahmen empfiehlt O. Lieferenz.

Empfehle für Vereine usw.

Ehren-Diplome und Preis-Urkunden

in jeder Grösse und mit jedem beliebigen Extra-Aufdruck Preise nach Katalog.

Vereins- und Festabzeichen

jeder Art, **Brustbänder** aus Atlas und Seide mit jedem gewünschten Aufdruck. **Anstecknadeln, Tanzkontroll-Abzeichen** in verschiedenen Ausführungen, sowie alle in Frage kommenden Vereinsartikel.

Aufträge werden auch bei Extra-Anfertigung schnellstens ausgeführt

Ewald Nonnewitz,
Steinweg 8.

„Lichtspiele Weisse Wand"

Donnerstag, den 14. u. Freitag, den 15.

Nur 2 Tage!

Der Fall Tolstikoff

Kriminaldrama in 5 Akten

Dazu das beliebte Lustspiel

Karlchen als Oberkelner

2 Akte.

Stadt-Theater Zeitz

(Gastspiele) Teuchern

Gasthof „Norddeutscher Hof".

Sonnabend, den 16. Oktober 1920 abends 7 Uhr

Eine Nacht im Paradies

Operette in 3 Akten. In Berlin über 300 Aufführungen

Sonntag, den 17. Oktober 1920 7 Uhr

D. Schwarzwaldmädel

Operette in 3 Akten, Musik von Jessel

Vorverkauf im Norddeutschen Hof

Vereinigung ehem. Kriegsgef. Teuchern.

Wir geben uns die Ehre, die Einwohnerschaft von Teuchern und Umg. zu unserm am **Sonntag, den 24. Okt. 1920** von 6³⁰ Uhr an im „Norddeutschen Hof" in Teuchern stattfindenden

Zitherkonzert

mit anschl. Ball

anläßlich unserer Gründungsfeier ergebenst einzuladen.

Programm.

1. **Schiffelscher Zithervereinsmarsch v. Schiffel.**
2. **Der Lindenbaum** v. Schubert. Haustein, Gebr. Hermann.
3. **Stilles Glück** von Messner Frl. Kluge und Geschw. (Erna und Erich Gentsch
4. **Brüderchen u. Schwesterchen** von Obermeier (Geschw. Erna u. Erich Gentsch)
5. **Großmütterchen, Ländler** von Langer-Rüdiger
6. **Andante** aus der Symphonie Nr. 7 C-Dur v. Haiden Maurer
7. **Am murmelnden Bächlein** von Jos Haustein-Partsch und Naumann.
8. **Arie** aus der Oper Martha v. F. v. Flotow, Frl. Kluge.
9. **Zithervereinsmarsch** v. A. Weber.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei Zigarrenfabrikanten Frau Fischer, Ottomar Krostewitz, Friseuren Haubenreißer u. Ernst Reiche.

Der Vorstand.

Prima

Mastochsenfleisch

Donnerstag nachmittag

frische Wurst.

Otto Petzsch.

Möbelhaus Grobe, Leipzig, Reichsstraße 1, Eingang Grimmaische Straße 2, Ecke Brühl, Nähe der Markthalle, Telephon 11, 6, 7, 8, 9, 10, Amt Leipzig, Landesamt

verkauft gegen bequeme Teilzahlung!!

komplette Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Küchen- . . .

Einzel-Möbel

Bestellungen werden sofort ausgeführt. Besichtigung unverbindlich. Bei Anlangen Kinkporto!

Durchdringen

Arbeitsnachweis Teuchern

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Gesucht werden:

Mägde, 1 Hufschmied, Arbeiter nicht unter 20 Jahren als Erdarbeiter, Abraumarbeiter, Kipper (4), 1 Dienstmädchen nach Teuchern, 1 Aufwartung oder Dienstmädchen für den ganzen Tag, 2 ältere Arbeiter.

Stellen suchen:

Aufwartung für den ganzen Tag, 2 Tischler.

Ziehung 19., 20., 21., 22., 23., 24. und 25. Okt. 1920

Geld-Lotterie

zu Gunsten d. Kriegs- und Zivilgefangenen

26670 Geldgewinne

im Betrage von

Mk. 1000000

(Eine Million)

Haupt- gewinne 250000 Mk. 100000 „

Lose zum amtlichen Preise von M. 6.— Porto gebühren und Liste M. 1.—

10 Lose sortiert M. 60.—

Wilhelm Meier,
Hamburg-Barmbeck,
Gerstenkamp.

Eine ordentliche

Frau

mit einem Kinde sucht Stelle als Wirtschafterin zwecks späterer Verheiratung. Off. Nr. **12. H. H.**

Eine guterhaltene

Karbid-Lampe

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Eine Fuhre

Dünger

ist zu verkaufen

Unterm Berge 3.

Einige Fuhren **Dünger** hat abzugeben

Schützenstr. 13.

Warnung

Ich warne hiermit jedermann meiner Frau **Frida Hentschel** aus Runthal auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste.

Rudolph Hentschel.

Das gemeine Subjekt, was von den Schrebergärten Haferkorn, Müller und Jakobs das Kraut gestohlen hat, kann das andere, auch noch holen. Nur erwischen soll er sich nicht lassen.

Sportvereinigung

Freitag, den 15. 10. abends ½9 Uhr

Spielersitzung

der alten Herren im Gasthof zum Löwen

Neuanmeldungen werden dort entgegengenommen.

Der Spielausschuß.

Eine

Scheuerfrau

für Sonnabend nachmittag ges. Vergütung der der Nahrungsmittel

Zeitzerstr. 33.

Metallbetten

Stahldrahtmatratzen

Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei.

Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Geehrten Interessenten zur Kenntnis, daß meine **Tanzstunde Dienstag, d. 19. Okt.** cr. im Schmidt'schen Gasthofe zu Runthal beginnt. Bitte um recht zahlreiche Meldungen.

Hochachtungsvoll

Ed. Schwabe.

Bin ständig Käufer von

Schlachtpferden

und zahle die **höchsten Tagespreise. Notschlachtungen** werden Tag und Nacht ausgeführt.

Roßschlächterei Hinniger.

8tung

Immer noch der große und ständige Verkauf guter getragener

Kleidungsstücke

U. a. Hemden, Ulster, Waffenröcke, Militärmäntel und Anzüge

Alles sehr billig

(Kein Laden) bei

Karl Naumann jun.

Stauwg 2. Hinterhaus I.

Warzen

beseitigt schnell und schmerzlos Dr. Bofleb's Warzenzerstörer zu haben: Central-Drogerie **Pohle.**

Ansichtskarten

zu haben bei

O. Lieferenz.

Bruchkranke

können geheilt werden ohne Operation und Berufsstörung. Nächste Sprechstunde in Naumburg, Hotel Bayrischer Hof Bahnhofstr. 1, am 19. Okt. von 10—1 Uhr.

Dr. med. Laabs,
Spezialarzt für Bruchleiden

Todesanzeige.

Montag nachmittag 5 Uhr entschliet nach schweren Leiden unser lieber

Kurt

im Alter von 6 Monaten

In tiefem Schmerz

Fam. Fischer u. Angehörigen.

Teuchern, d. 12 Okt.

Beerdigung findet Donnerstag 11 Uhr statt.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201014-17/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar am Sonntag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 122 | Donnerstag, den 14. Oktober 1920 | 59. Jahrgang

Die Vollmacht des Finanzministers.

Der Reichsrat, das heißt die Gesamtheit der Vertreter der deutschen Einzelstaaten, hat bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, strengste Sparsamkeit in den Ausgaben zu üben und zu diesem Zweck dem Reichsfinanzminister erweiterte Vollmachten zu geben. um die von den einzelnen Reichsministerien ihm übergebenen Etats kürzen zu können. Der Reichsfinanzminister Wirth soll also den Notsitzt zum Durchstreichen oder Herabsetzen einzelner Ausgabeposten, den sein Vorgänger Erzberger schon in der Hand hielt, wieder ergreifen. Das wird heute nicht so leicht sein wie früher, wo Erzberger ausdrücklich sagte, Steuern allein machen es nicht, wir müssen dazu sparen, denn seitdem sind die Fordernden sehr verwöhnt worden, weil ihre Ansprüche fast stets bewilligt wurden. Nun soll der Finanzminister nein sagen. Sein Nein hat aber nur dann Wert, wenn es respektiert wird, denn sonst bleibt es, wie es war.

Wir müssen vor allen Dingen fragen, wo ist die Stelle, die den sparsamen Finanzminister hält, wenn [illegible] Ausgabe [illegible] s leider. [illegible] ter, aber [illegible] einander [illegible] denn der [illegible] r haben [illegible] gehabt, [illegible] weit ge- [illegible] Reichs- [illegible] n. Das [illegible] Welt den [illegible] billigsten [illegible] präsident [illegible] wir die [illegible] minister [illegible] n Boden [illegible] ist dann [illegible] Mindest gibt, [illegible] auf die [illegible] Wenn er [illegible] n hinter- [illegible] Streik [illegible] egierung [illegible] lar sein, [illegible] ll. Hat [illegible] er—Oder [illegible] den Fi- [illegible] und alle [illegible] e. Wer [illegible] m „Um- [illegible] ute Vor- [illegible] e Talen. [illegible] o weiter [illegible] den gan- [illegible] te sich in [illegible] rt, aber [illegible] oche wie- der verloren gegangen. Hundert Mark standen in Zürich auf 9,85 Franken, in Newyork auf 1,61 Dollars. Dieser Stand konnte allerdings nach den jammervollen Feststellungen über die deutsche Finanzlage nicht überraschen, und wenn wir es nicht fertig bringen, eine Besserung herbeizuführen, so wird die Mark dasselbe Schicksal erleben, wie die französischen Assignaten 1795, wo 100 Franken noch 43 Centimes galten. Der Reichsfinanzminister erscheint berufen, ein Wunder in der deutschen Finanzgebarung zu vollbringen. Es ist ein blutsaures Stück Arbeit. Und darum soll man es ihm nicht von vornherein ganz und gar unmöglich machen.

Wm.

Das Sparen fängt an.

Ein Reichs-Sparsamkeitskommissar. — Leitsätze des Reichskabinetts zu Einschränkungen des Staatshaushaltes.

Man will also jetzt endlich mit dem großen Sparen anfangen, nachdem man bei der Aufstellung des letzten Reichshaushaltes eingesehen hat, daß es so unter keinen Umständen weitergehen kann. 67 Milliarden Reichsschulden ohne Deckung, das ist denn doch ziemlich stark. So hat denn der Reichsfinanzminister ein eingehendes Sparsamkeitsprogramm ausgearbeitet, das am Sonnabend vom Kabinett einstimmig angenommen wurde. Die Grundzüge des in 9 Leitsätzen niedergelegten Programms sind folgende:

Stärkung der Stellung des Finanzministers.

Keine Ausgabe ohne Zustimmung des Reichsfinanzministers. Von keiner Reichsbehörde und keinem Reichsbeamten dürfen Neueinrichtungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden.

Nimmt das Reichskabinett neue Ausgaben gegen die Stimmen des Finanzministers an, so kann dieser Einspruch erheben, und es muß in der nächsten Sitzung nochmals abgestimmt werden. Ist eine geforderte Mehrausgabe vom Finanzminister bezw. vom Kabinett abgelehnt, so dürfen sich die betroffenen Ministerien, Behörden oder Beamte nicht an Reichsrats- oder Reichstagsmitglieder wenden, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Einschränkungen des Verwaltungsapparates.

Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und von Ländern, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen auf das Reich übernommen werden, wenn ihre Inangriffnahme ohne jede [illegible] sönlichen oder sachlichen Kosten für die Reichsfi- [illegible] lich ist, oder es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen des Reiches handelt und die Uebertragung der Aufgaben auf andere Schultern (Länder, Gemeinden oder öffentliche oder private Körperschaften) ausgeschlossen ist. Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen grundsätzlich neue Stellen nicht geschaffen, vorhandene Ausgabeposten anderer Art nicht erhöht werden. Ausnahmen von diesem Leitsatz sind nur zulässig, sofern es sich um unbedingte Lebensnotwendigkeiten für das Reich handelt.

Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen vorübergehender oder dauernder Natur sind soweit als irgend möglich einzuschränken und abzubauen und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern. Der beschleunigte Abbau der Kriegsorganisationen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen, ferner der Kriegsfonds und der Einrichtungen der alten Wehrmacht ist mit größtem Nachdruck zu betreiben.

Keine Ausgaben ohne Deckung.

Bei Leistung sonstiger Ausgaben ist die allergrößte Sparsamkeit zu üben. Alle nicht zu den Lebensnotwendigkeiten unmittelbar gehörenden Ausgaben haben vollständig zu unterbleiben oder sind auf das Mindestmaß einzuschränken.

Grundsätzlich dürfen keine Ausgaben in den Haushalt eingestellt oder aus Mitteln des ordentlichen Haushalts bestritten werden, für welche eine Deckung durch öffentliche Einnahmen nicht vorhanden ist.

Der Sparsamkeits-Diktator.

Zur Durchführung dieser Leitsätze, in denen es bekanntlich heißt, daß keine neuen Stellen geschaffen werden sollen, wird zunächst die Stelle eines Reichsfinanzkommissars neu geschaffen. Dieser Kommissar soll dem Finanzminister beigegeben werden und für die strengste Durchführung der Leitsätze mit verantwortlich sein. Zu diesem Posten ist der Präsident des Landesfinanzamts Unterweser, Dr. Carl, berufen worden.

Parteitag der S. P. D.

Wels Programmrede.

Am Montag begannen die eigentlichen Beratungen des Kasseler Parteitages mit einer großen programmatisch angelegten Rede des Parteivorsitzenden Abg. Wels, der den Bericht des Parteivorstandes zu erteilen hatte.

Nach einigen sachlichen Angaben über das Anwachsen der Partei im letzten Jahre kommt er auf die großen internationalen Probleme, die Deutschland berühren, zu sprechen. Er verurteilt den Frieden von Versailles auf das schärfste und fordert dessen Revision. Gerade der Arbeiter würde von dem Frieden am schlimmsten getroffen und er müsse an der Revision auf dem Wege internationaler Verständigung arbeiten.

Er stellte für die Außenpolitik der Sozialdemokratie 4 Forderungen auf:

1. Revision der politischen Verträge im sozialistischen Sinne.
2. Sofortige Inangriffnahme des Wiederaufbaus.
3. Zusammenschluß der Gewerkschaften zu einem internationalen wirtschaftlichen Generalstab, und
4. sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, gleichgültig, unter wessen Regierung es steht.

Zur Innenpolitik sagte er, die Sozialdemokratie dürfe erst dann wieder in die Regierung eintreten, wenn sie entscheidenden Einfluß hat.

Zur Wirtschaftsfrage erklärte Wels, die kapitalistische Initiative habe versagt und vom Willen der Arbeiter hängt vornehmlich die Lösung ab. Die Bergarbeiter werden ihre Macht ausnützen für die Sozialisierung. Die Gefahren schematischer Verstaatlichung müssen vermieden werden. Die Kernfrage ist die Regelung der Valuta, die nur international möglich ist. Die Völker müssen sich zur Wiedergutmachung vereinigen.

Er wandte sich dann scharf gegen den politischen Radikalismus. Es muß die Einsicht Platz greifen, daß nicht Generalstreik, Weltrevolution, politische Arbeiterräte, die Wundermedizinen sind. Politische Schulung der Masse unter engster Zusammenfassung aller Kräfte sei notwendig. Die einzige Hoffnung der deutschen Arbeiter sei die alte Sozialdemokratie. —

Nach ihm erteilte Bartels den Kassenbericht: Im letzten Jahre habe die Partei 168 000 neue Mitglieder gewonnen, allerdings sei die Zahl der Frauen um 10 000 zurückgegangen. Es seien im ganzen 50 Parteizeitungen neugegründet, aber nicht alle seien lebensfähig, einige haben ihr Erscheinen einstellen müssen, eine ganze Anzahl habe große Zuschüsse aus der Parteikasse erhoben. Der Kassenbericht zeigt zum erstenmal wieder einen Ueberschuß von 222 850 M.

Nach einer Mittagspause trat man in die Debatte ein, in der u. a. Nimmersatt-München davor warnte, Leute der U. S. P., die infolge der Zersplitterung ihrer Partei zur S. P. D. übertreten wollten, ohne Prüfung aufzunehmen.

Die schwarze Schmach.

Den Höhepunkt der Debatte bildete ein Rededuell zwischen Cohen-Berlin und Heilmann und Adolf Braun über Kontinentalpolitik. Cohen trat für die Verständigung mit Frankreich ein und suchte darzulegen, daß Frankreich nicht unser gefährlichster Gegner sei. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß die Deutschen bei der Okkupation nach 1870 auch nicht besser gehaust hätten als der Franzose jetzt im Rheinland, dessen Verhalten gar nicht so schlimm sei.

Ihm entgegnete zunächst kurz Eduard Bernstein, der wohl gleichfalls eine Verständigung mit Frankreich für unumgänglich nötig hielt, doch gerade der französische Militarismus, der schlimmer sei als der einstige preußische, hintertreibe sie. Er wies auf die geforderte Zerstörung der Dieselmotoren hin. Dann wandte er sich scharf gegen den Bolschewismus.

Voll Temperament griff Heilmann die Ausführungen Cohens an: Wer hat unsere Gefangenen am längsten zurückgehalten? Wer übt dauernd an uns Erpressungen? Wer zerreißt den Kontinent? Wer predigt den Aufstand in Oberschlesien? Wer stützt die Abfallbewegung in Bayern?

Gerade aus den französisch besetzten Gebieten kämen die heftigsten Klagen. Kann man den pommerschen Landsturmmann von 1870 mit der schwarzen Schmach von heute auf eine Stufe stellen? Heilmann schloß, daß unsere Hoffnung auf der Einsicht der englischen Genossen beruhe.

Im selben Sinne wandte sich Adolf Braun gegen Cohen. Thiers hatte sich 1873 in einem Briefe an Manteuffel für die humane Behandlung der französischen Bevölkerung durch die deutsche Besatzung bedankt. Bonn hat jetzt französische Besatzung und sehnt sich nach den Engländern und Amerikanern zurück. Man sollte Cohen ein Reisestipendium für Reisen durchs besetzte Gebiet geben, damit er solche Reden nicht wieder verzapft.

In der weiteren Debatte trat Frau Bohm-Schuch und Marie Juchacz für eifrigere Arbeit unter den Frauen ein, und Dr. Süßheim-Nürnberg warnte vor der Reaktion in Bayern.

Zum Schluß der Sitzung erklärte Scheidemann, daß die Genossen aus dem besetzten Gebiet Cohen gerne nochmals geantwortet hätten. Er stellte fest, daß die ganze Partei die Ansicht Cohens nicht teile.

Brolat erteilte den Bericht der Mandatsprüfungskommission, nach dem 283 Delegierte anwesend sind.

Der Parteitag der U. S. P.

Am Dienstag trat der entscheidende Parteitag der U. S. P. in Halle zusammen. Montag waren bereits gegen 400 Vertreter in Halle angekommen, von denen die Anhänger Moskaus fast über Zweidrittelmehrheit verfügten. Von Moskau ist Sinowjew als Vertreter nach Halle gesandt.

Nach dem Vorbild Württembergs hat sich jetzt auch die U. S. P. Niederrhein bei ihrer Parteitagsitzung in Düsseldorf gespalten, doch sind die Gegner Moskaus weit in der Minderheit.

Zur Lage.

° **Im Berliner Zeitungsstreik** ist die Lage unverändert. Zu irgend welchen Verhandlungen ist es noch nicht gekommen, auch nicht zu Neuaussperrungen. Von dritter Seite werden Vermittlungsversuche gemacht, doch stehen ihnen bisher beide Teile abwartend gegenüber. Das Reichsarbeitsministerium soll, wie die „Deutsche Allg. Ztg." wissen will, die Absicht haben, die Vertreter beider Parteien zu einer neuen Verhandlung am Donnerstag zu laden.

° **Der Zeitungsstreik in kommunistischer Beleuchtung.** In einem längeren Aufsatz nimmt die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Bolschewisten in Deutschland, zu dem Streik im Zeitungsgewerbe Stellung. Das kommunistische Blatt fordert die „Produktionskontrolle" im Zeitungsgewerbe und erläutert dann, was es unter dieser Produktionskontrolle versteht, nämlich die Vernichtung der gesamten bürgerlichen Presse. Die „Rote Fahne" schreibt wörtlich:

„In dem besonderen Falle des bürgerlichen Zeitungsgewerbes kann die Kontrolle der Produktion lediglich nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201014-17/fragment/page=0005